

Neue Initiative für Flüchtlinge

PROJEKT Hochschulerfahrung aus der Heimat soll anerkannt werden

Von unseren
Korrespondenten
Jacob Wirtschaftler und
Nikolia Apostolou, Athen

Zahlreiche Flüchtlinge verfügen über Hochschulerfahrung, die in Europa aber nicht oder nur nach langer Zeit anerkannt wird. Somit bleibt ihnen der Weg auf den Arbeitsmarkt im Rahmen ihrer Qualifikation versperrt. Eine neue Initiative soll Abhilfe schaffen.

Der 30-jährige afghanische Flüchtling Masoud Burhani nimmt an einem neuen Projekt des griechischen Bildungsministeriums teil. Gemeinsam mit seiner 23-jährigen Frau Fariha und ihren zwei kleinen Kindern ist er im Flüchtlingslager Skaramagas im Athener Hafengebiet gelandet. Eigentlich wollte er sein Bauingenieurstudium fortsetzen. Doch bislang war die Anerkennung akademischer Leistungen für Flüchtlinge problematisch.

Anerkennung erleichtern

Durch den European Qualification Passport soll sich dies nun ändern. In diesem Dokument für Flüchtlinge sollen die bisherigen Leistungen festgehalten werden. Unter Führung des Europarates ist dieses Projekt von norwegischen und britischen Anerkennungsbehörden lanciert worden. In Norwegen wurde es bereits 2015 getestet, nun soll es ausgeweitet werden.

Europäische Behörden hatten bereits 1997 beschlossen, dass Leistungen in der höheren Bildung anerkannt werden sollen. Doch die Umsetzung ist langwierig und kostspielig. So mussten Flüchtlinge monate- beziehungsweise jahrelang auf eine Anerkennung warten. Der neue Pass soll Flüchtlingen hingegen schon wenige Tage nach einer



Foto: AFP/Jorge Guerrero

Die mangelnde Anerkennung akademischer Leistungen erschwert das Flüchtlingsleben

Befragung ausgehändigt werden. Noch würde dies nicht automatisch zum Besuch einer Hochschule berechtigen, da der Pass noch nicht etabliert ist. Aber es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Wir sprechen hier von Qualifikationen, die oft nicht vollständig dokumentiert sind“, erklärt Samir Heco, Projektassistent beim Europarat.

Marina Malgina von der Norwegischen Agentur zur Qualitätssicherung in der Bildung (Nokut) bezeichnet das Programm als eine Form der Hilfe für Menschen, die in Flüchtlingslagern auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten. „Zuerst brauchen sie eine Unterkunft und Nahrung. Doch nach einigen Monaten möchten sie sich auch in ihre neue Gemeinschaft einbringen. Wir wollen dabei helfen und die Integration schon in einem frühestmöglichen Stadium ermöglichen.“

Mahmoud Alkoko, ein 29-jähriger Palästinenser aus Syrien, hat den Pass bereits erhalten. Er hat in

seiner Heimat zwei Jahre Studien- und Arbeitserfahrung im Tourismusmanagement gesammelt. Seine akademischen Dokumente hat er auf der Flucht zurückgelassen. In Athen wartet er auf eine Umsiedlung nach Deutschland, wo sein Vater und Bruder leben. Dort hofft er auf eine Anstellung in der Tourismusbranche. „Als ich zum ersten Mal von diesem Pass gehört habe, dachte ich, das sei genau das, was ich brauche.“

Hürden bleiben bestehen

Auch außerhalb von Europa gibt es ähnliche Bemühungen. Die American Association of Collegiate Registrars and Admissions Officers, die Universität von Kalifornien in Davis und die Amerikanische Universität in Beirut arbeiten gemeinsam am Article 26 Backpack Project, das nach dem entsprechenden Artikel der All-

gemeinen Erklärung der Menschenrechte benannt ist. Das Projekt will einen Cloud-Speicher für Flüchtlinge einrichten, wo akademische Dokumente standortunabhängig gespeichert werden können.

Burhani hat die Befragung durch die Behörden inzwischen hinter sich gebracht. Dabei hat er Auskunft über belegte Kurse, gelesene Lehrbücher und die Themen von wissenschaftlichen Arbeiten gegeben. Seine Erfahrungen im Bereich der Berufsbildung konnten dabei nicht anerkannt werden. Ihm steht nun aber immer noch viel Arbeit bevor. Um an einer griechischen Universität angenommen zu werden, muss er erst Griechisch lernen, wie einer der Befragten, Roi Efthimiadou, Burhani erklärt hat. „Mein Studium ist meine Priorität“, sagt er. „Man kann immer Geld verdienen, aber zuerst muss man studieren. Für mich ist das kein Problem, ich kann noch mal von vorne anfangen.“

Kritik an Italiens Marineeinsatz vor Libyen

SEENOTRETTUNG „Krieg gegen Flüchtlinge“ statt „Krieg gegen Schlepper“

Der italienische Marineeinsatz vor der libyschen Küste und das Vorgehen der Behörden gegen Flüchtlingshelfer stoßen zum Teil auf scharfe Kritik. Die Organisation Pro Asyl sowie Grüne und Linkspartei in Deutschland warfen der Regierung in Rom gestern vor, eine Politik auf Kosten der Flüchtlinge und ihrer Helfer zu machen.

Italien erhöhte unterdessen den Druck auf private Seenotrettungsorganisationen. Pro Asyl warf Italien einen „Völkerrechtsbruch“ vor. Die Organisation begründete dies mit dem „Eindringen in libysche Hoheitsgewässer“ und der Rückführung von Flüchtlingen in das nordafrikanische Bürgerkriegsland. Laut Europareferent Karl Kopp herrschen in Libyen „Rechtlosigkeit und Willkür“. In den dortigen Flüchtlingslagern seien „Folterung und Vergewaltigungen“ üblich.

Ein Bericht der Vereinten Nationen vom Juni dokumentierte, dass die libysche Küstenwache mehrfach Flüchtlingsboote beschossen habe und gerettete Flüchtlinge „schwer misshan-

delt“ worden seien. Italien und die EU sprächen im Zusammenhang mit ihrem Militäreinsatz „Sophia“ von einem „Krieg gegen Schlepper“, tatsächlich handele es sich um einen „Krieg gegen Flüchtlinge“.

Die italienische Regierung habe versucht, den Seenotrettungsorganisationen einen Verhaltenskatalog aufzuzwingen, der teilweise Regeln des Seenotrettungsrechts widerspreche, kritisierte Pro Asyl weiter. Wenig später habe sie die vom Parlament gebilligte Militärintervention vor Libyen in Gang gesetzt, und fast zeitgleich das deutsche Seenotrettungsschiff „Iuventa“ von Jugend Rettet festsetzen lassen. Italien wolle die Arbeit der Hilfsorganisationen mit „Rückendeckung“ der EU massiv beschränken.

Die Hilfsorganisation Jugend Rettet twitterte, für sie bleibe die Rettung von Menschenleben oberste Priorität. Sie gehört zu sechs von neun Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die ihre Unterschrift unter den von Italien verlangten Verhaltenskodex für private Seenotretter verweigert haben. Roms Regeln sehen vor, dass bewaffnete Polizisten

an Bord von Rettungsschiffen mitgenommen werden. Außerdem dürfen demnach auf hoher See in Sicherheit gebrachte Flüchtlinge nicht von einem Schiff auf ein anderes transferiert werden.

NGO-Schiff aus dem Verkehr gezogen

Der italienische Innenminister Marco Minniti sagte in einem Interview mit der Zeitung *La Stampa* (Donnerstagsausgabe), sollten die NGOs den Kodex nicht unterschreiben, könnten sie ihre Arbeit nicht fortsetzen. Die deutschen Helfer werden der „Beihilfe zur illegalen Migration“ beschuldigt. Ihr Schiff „Iuventa“ wurde nach Polizeiangaben vor der zwischen Libyen und Italien gelegenen Insel Lampedusa „vorsorglich“ aus dem Verkehr gezogen. Die entsprechende Anordnung erließ die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Trapani. Laut Staatsanwalt Ambrogio Cartosio werden die deutschen Helfer aufgrund von seit 2016 geführten Ermittlungen verdäch-

tigt, mindestens zwei Mal von Schleppern eskortierte Flüchtlinge an Bord genommen zu haben, deren Leben nicht in Gefahr gewesen sei. Allerdings sei die Annahme von einem „koordinierten Plan“ zwischen der „Iuventa“ und Schleppern „reine Science-Fiction“.

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke nannte die Festsetzung der „Iuventa“ ein „billiges und durchschaubares Erpressungsmanöver“. Sie forderte Italien auf, das Schiff umgehend freizugeben. Für die Grünen erklärten deren Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die Sprecherin für Flüchtlingspolitik, Luise

Amtsberg, es gebe „keine Belege“ für ein Fehlverhalten der privaten Seenotrettungsorganisationen.

Die NGOs hätten Zehntausende Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet. Ihnen gebühre „Respekt und Solidarität“. Laut einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages haben die EU-Staaten die völkerrechtliche Pflicht, bei der Rettung von Menschen aus Seenot zusammenzuarbeiten. (AFP)

Kurz und knapp

Tusk wurde vernommen

FLUGZEUG-ABSTURZ

Polnische Ermittler haben EU-Ratspräsident Donald Tusk gestern zum tödlichen Flugzeugabsturz des früheren Präsidenten Lech Kaczynski im Jahr 2010 befragt. Tusk sagte vor seiner Zeugenvernehmung, er habe „keine Zweifel“ hinsichtlich der Absichten hinter seiner Vorladung. Der frühere polnische Ministerpräsident und die Opposition im Land sehen darin ein politisches Manöver von Jaroslaw Kaczynski. Der Zwillingsbruder des verstorbenen Ex-Präsidenten ist Chef der regierenden nationalkonservativen PiS-Partei. Kaczynski sagte, Tusk habe allen Grund, „Angst“ zu haben. Vor zwei Wochen hatte der PiS-Vorsitzende der Opposition in einer Wutrede vorgeworfen, seinen Bruder „ermordet“ zu haben. Er hält den Absturz nicht für einen Unfall und sieht bei Tusk die „moralische Verantwortung“, da er zum damaligen Zeitpunkt Regierungschef war. Konkret werfen die Ermittler Tusk vor, Vorschriften zur Autopsie von Absturzopfern missachtet zu haben. Bei dem Absturz der Präsidentenmaschine kamen 2010 neben Kaczynski noch 95 weitere Menschen ums Leben.

„Diesel-Gipfel ist ein erster Schritt“

EU-KOMMISSION

Die EU-Kommission sieht die Beschlüsse des Berliner Diesel-Gipfels lediglich als ersten Schritt. Die Behörde begrüße die Anstrengungen, „endlich das Vertrauen der Verbraucher wiederherzustellen und die öffentliche Gesundheit nach dem Skandal zu verbessern“, sagte eine Sprecherin gestern in Brüssel. Die geplanten Maßnahmen seien aber lediglich „sehr anfängliche Schritte“. Die Kommission werde die Vorhaben analysieren, sobald „die vollen Details“ vorliegen. Konkret solle geprüft werden, ob diese genügen, um die Emissionen „ausreichend zu reduzieren“.

Notlandung tötet Strandbesucher

PORTUGAL

Bei der Notlandung eines Kleinflugzeugs auf einem gut besuchten Strand in Portugal sind zwei Badegäste ums Leben gekommen, darunter ein Kind. Die beiden Piloten des Leichtflugzeugs blieben unverletzt, wie ein Behördensprecher der Nachrichtenagentur AFP sagte. An dem Strand São João de Caparica südlich von Lissabon hielten sich zum Unglückszeitpunkt Hunderte Menschen auf. Bei den Opfern handelt es sich nach Angaben von Rettungskräften um ein acht Jahre altes Mädchen und einen 56 Jahre alten Mann. Augenzeugen zufolge war das Mädchen mit seinen Eltern am Strand, die unverletzt blieben.